

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon 2721 und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4596

Insertionspreise: Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleise 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aannahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Dreitägiger Proteststreik in Bayern.

Eine gemeinsame Protestaktion der drei Arbeiterparteien wegen der Ermordung des Genossen Gareis.

München, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Aktionskomitee der drei sozialistischen Parteien, der Gewerkschaften und der Betriebsräte hat gestern einen dreitägigen Protest-Generalkrieg beschlossen. Der Streik beginnt für München Freitag, nachts 12 Uhr, und dauert bis Montag, nachts 12 Uhr. Der Streik für das übrige Bayern soll aus technischen Gründen erst heute nachmittag beginnen. Heute mittag 3 Uhr findet im Münchner Ausstellungspark eine gemeinsame Protestversammlung der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften statt. Die bürgerliche Presse ist heute nicht erschienen, die sozialistische Presse ohne Interesse. Gestern nachts fand im Gewerkschaftshaus, dem Hauptquartier der Streikleitung, eine Hausung statt nach Streikflugblättern. Auf der Straße wurden den Verteilern die Flugblätter, die zum Generalkrieg aufrufen, abgenommen und beschlagnahmt auf Grund des Ausnahmezustands, weil sie nicht vor Drucklegung der Polizei zur Genehmigung vorgelegt worden sind. Die Flugblattverbreiter wurden namentlich festgenommen. Heute früh um 1/2 12 Uhr erschien die Polizei in der Redaktion unseres Münchner Bruderorgans, des Kampfs und beschlagnahmte den Rest der gestrigen Sonderausgabe des Kampfs. Es waren aber nur noch 400 Exemplare da, die der Polizei in die Hände fielen, viele Tausend waren gestern im Straßenhandel schon vertrieben worden.

Die Arbeiter der großen Maschinenfabrik Maffei haben sofort nach dem Bekanntwerden der Mordtat die Arbeit niedergelegt.

Wie Berliner Blätter aus München melden, haben die drei sozialistischen Parteien um die Genehmigung einer Massenprotestversammlung wegen der Ermordung des Abgeordneten Gareis unter freiem Himmel nachgesucht. Diese ist jedoch verweigert worden. Die sozialistischen Parteien rufen trotzdem zu einer gemeinschaftlichen Protestkundgebung auf, die am Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, im Ausstellungspark stattfinden soll. Wie der Vorwärts meldet, haben die Leitungen der sozialistischen Parteien die Ausdehnung des Generalkriegs auf das gesamte Gebiet Bayerns beschlossen. Einer weiteren Meldung des Blattes zufolge hat das Telegraphenamt auf Anordnung der Polizeidirektion künftige Fernsprechkundgebungen nach dem Gewerkschaftshaus, dem Sitz der Generalkriegleitung, gesperrt.

In seiner Sonderausgabe schreibt der Kampf:

„Das Blut aller gerecht und menschlich Denkenden empört sich gegen die Schandtat des Systems Kahr, die nun durch den Mord an dem Genossen Gareis ihre Krönung gefunden haben. Die Arbeiterbewegung, die zwischen Sieg und Niederlage hin und her wagt, empfindet es mit tiefem Schmerz, wenn das Blut eines hoffnungsvollen Führers wieder in den Sand rinnt, aber dieses Blut ist der Keim, der sie zusammenschweißt, und der die Kampfgebäude selbst dereinst aufspießt, die noch dunkel dahindämmern.“

Wir reden nicht mehr von dem einzelnen Mörder, sondern von denen, die wir alle kennen aus der bayerischen Ordnungszelle, und für die die Regierung Kahr die Verantwortung trägt, denn sie ist ja seit ihrem Bestehen der Schutzherr aller dieser Elemente. Der Mord an Gareis mag ihr peinlich sein, aber der zerrüttete Schicksal des Ermordeten ist eine furchtbare Anklage gegen sie, denn er ist nur der Schlusspunkt jener fortgesetzten Verbrechen, die unter dem Regime der Kahr, Böhner und Roth begangen worden sind!

„Es gibt in Bayern keine Mörderzentrale,“ das haben die Verantwortlichen der bayerischen Ordnungszelle in der Affäre Dobner-Pracher gelagt, in der gerade der Genosse Gareis derjenige war, der mit aller Leidenschaftlichkeit, die ihm eigen war, auf rechtliche Klärung drang! Nun ist die reißlose Klärung der Verbrechen da. In dem Ermordeten liegt sie vor uns!

Nein, das Blut unseres ermordeten Genossen spricht eine zu deutliche Sprache, als daß sich die Kahr, Böhner und Roth der intellektuellen Verantwortung für die Mordtat zu entziehen vermöchten. Es ist eine unendliche Kette von Vergewaltigungen der Gerechtigkeit des Volkes, die vor unsern Augen beim Anblick des Ermordeten sichtbar wird mit einer für die Arbeiter furchtbaren Deutlichkeit. Wir sehen die Glieder der Kette, und wie von den Schergen der Böhnerlei geknechteten Arbeiter sehen sie auch. Von der Ermordung des Genossen Eisner ziehen sie sich über den Anschlag auf unsere Kampfsäle, über den Passauer Theaterbrand zu der Angelegenheit der Dobner-Pracher, zu dem Brief des Herrn Mayer-Konig, der den Kanzler der Anstiftung zum Mord beabsichtigt und erst in der letzten Zeit zu dem Ueberfall auf den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Sängler. Es sind immer dieselben Kreise für diese Taten verantwortlich und diese Kreise stehen unter dem unmittelbaren Protektorat der Kahr — Böhner — Roth. Kommt doch erst in den letzten Tagen der Verbrechen Brand noch von der Haft in Rosenheim aus den Herrn Roth antelephonieren und ihn um Anweisung zur Haftentlassung auffordern!

Inwieweit die intellektuelle Verantwortung fällt mit der ganzen Schwere des Verbrechens auf die Kahr, Böhner und Roth, die intellektuelle Verantwortung, wie diese Herrschaften immer wieder gegen die kommunistischen Führer zu sagen belieben. Auch wenn die Person des Mörders unbekannt bleibt, wie das in der bayerischen Ordnungszelle Gewohnheit ist!

Jetzt ist das Geheimnis der bayerischen Ordnungszelle und ihrer Regierungskunst gelüftet; der nackte politische Mord, denn

um einen solchen handelt es sich, mögen die Fäden zu dem Mord klar enthüllt werden oder nicht. Aber nicht der gelaufte oder auch fanatische Revolverheld ist der eigentliche Mörder, nein sie sind, die Herrschenden der bayerischen Ordnungszelle, die immer vom Kampf gegen die Anarchie reden, und deren Vertrauensmänner die Kahr, Böhner und Roth sind! Auf die Mordwaffen stützen sie sich, deswegen sind sie die hartnäckigen Gegner der deutschen Entwaffnung, die uns die Sympathien der Völker Europas verschaffen soll und auch verleiht, wie die internationalen Wirtungen der Annahme des Ultimatus gezeigt haben. Aber das ist den Böhnerleuten unangenehm, denn dann würden die Volksmassen Deutschlands Glauben gewinnen an die Macht des neuen Friedensgeistes, der die Völker aus den grauenhaften Tiefen der kriegerischen Barbarei herausführen soll. Das schwerste Hemmnis für eine solche Entwicklung in Deutschland ist die Regierung Kahr, sie ist die Verkörperung der militärischen und politischen Anarchie, die unsere Wirtschaft und unsere Politik nicht zu Ruhe kommen läßt. Der Mord an Genossen Gareis ist der unwiderleglichste Beweis dafür.

Noch im Verschwinden hat sich die Einwohnerwehr dafür gerächt, daß der Genosse Gareis sie aus internationalen Gründen und aus Gründen der inneren Beruhigung bekämpfte. Gerade in dem Augenblick ihrer Entwaffnung und Auflösung, die mit stärkstem Widerstreben vorgenommen wird, ist die Hege gegen ihn auf einen Höhepunkt gestiegen. Der Wiesbacher Anzeiger forderte direkt zum Erschlagen unseres Genossen auf, und die übrige von der Regierung Kahr ungeschorene deutsch-völkische Presse tat nicht viel weniger. Satten die Deutschvölkischen doch vor kurzem ein Flugblatt verbreiten wollen, in dem die Angehörigen der Ententestaaten zwar nicht direkt, so aber doch durch die Blume mit der Ermordung bedroht wurden! Gareis selbst hat noch vor einigen Tagen einen Drohbrief erhalten, ebenso wie andre Genossen der USP.“

Die rechtssozialistische Münchner Post schreibt in ihrer gestrigen Mittagsausgabe: „Genosse Gareis ist das Opfer jener zügellosen Prügel- und Mordpropaganda geworden, die seit einem Jahr von den Behörden der bayerischen Ordnungszelle wohlwollend gebudet wurde. Für diese Behörden gibt es jetzt keine Ausreden mehr, wenn ihnen angeichts der Ermordung des Genossen Gareis die niederschmetternden Anklagen in das Gesicht geschleudert werden. Denn seit Monaten warnt die Münchner Post die Kahr, Roth und Böhner vor den fasziistischen Drohungen politischer Mordgefahren; und die Sprache der deutschvölkischen Fasziisten wurde immer drohender und räuberischer und aufreizender. In der Öffentlichkeit ist es niemals bekannt geworden, daß Herr von Kahr gegen seine eigenen Amtsblätter, die nicht nur öffentlich den politischen Mord verherrlichten, sondern zu diesem direkt aufmunterten, einschreiten mußte.“

Die bürgerliche Presse brachte gestern heuchlerische Beurteilungen der Mordtat. Die Münchner Zeitung schreibt: „Es hält schwer, sich ein Bild der Tat und ihrer Motive zu machen. Man ist auf Vermutungen angewiesen, die auszusprechen angeichts der Schwere der Tat im Hinblick auf die Zeitumstände und die möglichen Folgen besser unterbleiben.“ Es scheint, daß auch dieses bürgerliche Blatt die Täter in dem gleichen Lager vermutet, wie wir. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben in ihrer gestrigen Abendausgabe: „Wenn das Organ der USP. jetzt von einem „Opfer der Reaktion“ spricht, das Abgeordnete Gareis geworden sei, so ist diese Art der politischen Ausnutzung nicht weniger verabscheuenswürdig als die Tat selbst, die nur ein blinder Fanatismus, abseits jeder politischen Partei (!) begehen konnte. Diese Tat einer Partei oder der Regierung und den Staatseinrichtungen, die in keinem Lande der Welt jemals imstande waren, Verbrechen egoistischer Menschen zu verhindern, zuzuschreiben zu wollen, heißt nichts andres, als in verbrecherischer Art die allgemeine Empörung über eine nichtswürdige Bluttat in den Schrei nach Blutrache umzuwandeln.“

Die bayerische Regierung hat auf Beschluß des Ministerrats in einer Erklärung ihre schärfste Entzückung über die Ermordung des Abgeordneten Gareis zum Ausdruck gebracht. Die Staatsregierung verspricht, alles auszubieten, den Mörder ausfindig zu machen und die Motive seiner Tat aufzuklären. Zu diesem Zweck hat die Polizeiverwaltung bereits alle Maßnahmen getroffen und eine Besoldung von 10 000 Mark für die Ermittlung des Täters ausgesetzt. An die Bevölkerung wird die ernsteste Mahnung gerichtet, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren. Die Polizei hat aber gestern bereits durch die Beschlagnahme der Streikflugblätter die Arbeiterschaft provoziert. Bei dieser Gelegenheit wurde ein Schutzmann von den Arbeitern verprügelt.

Mit Gareis verliert die Unabhängige Sozialdemokratie Bayerns einen ihrer besten Köpfe. Er war der geistige Führer der Landtagsfraktion, die bei den Wahlen im Jahre 1920 zu ziemlicher Stärke angewachsen war. Auch er war erst seit dem Jahre 1920 Mitglied des Landtags, hat

sich aber dort durch seine großen Fähigkeiten bald eine geachtete Stellung zu verschaffen gewußt, und war von den politischen Gegnern gefürchtet. Den Kampf gegen die reaktionären Tendenzen in Bayern, insbesondere gegen die Einwohnerwehr, hat er mit ebenso großer Energie wie Geschick zu führen verstanden. Die Unabhängige Fraktion war unter seiner Führung deshalb stets der Gegenstand grimmigsten Hasses aller Anhänger dieser reaktionären Organisationen.

Gareis hat nur ein Alter von 32 Jahren erreicht. Er studierte in den Jahren 1908 bis 1912 an verschiedenen Universitäten, auch in Leipzig, Geschichte und Philosophie, wurde später Gymnasialoberlehrer und trat nach kurzer Zeit politisch hervor.

Die Forderungen der Arbeiter.

München, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Forderungen der drei sozialistischen Parteien an den Landtag lauten:

1. Vollständige Durchführung der Reichs- und Landesverfassung und der Reichsgesetze, und tatkräftiges Einschreiten gegen jede Rechtsverletzung und gegen die Verletzung des alten militärischen Gesetzes in Bayern.
2. Schutz für Leben und Sicherheit der Staatsbürger.
3. Aufhebung des Ausnahmezustandes, Beteiligung der Volksgerichte und der Polizeiwirtschaft, Wiederherstellung der Versammlungs- und Pressefreiheit.
4. Aufhebung der Stand- und Volksgerichtsurteile, Freilassung aller unschuldig politischer Verhafteter.
5. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik.

Der Streik fast allgemein.

München, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Streik wird in allen großen Betrieben fast reißlos durchgeführt. Die Straßenbahn wird zum Teil von Gelben und Christlichen in Betrieb gehalten. Es ist anzunehmen, daß der Straßenbahnbetrieb im Laufe des Tages noch reißlos stillgelegt wird. Alle größeren Städte Bayerns haben sich der Streikbewegung angeschlossen. — Die heutige Morgenausgabe unseres Parteiblattes Der Kampf wurde beschlagnahmt. Die Beschlagnahme wird damit begründet, daß der Kampf zu einer verbotenen Versammlung aufgefordert und eine verdeckte Drohung zum Mord enthalte.

Die Reaktion tritt in Aktion.

München, 11. Juni. (Voss. Zig.) Ein Flugblatt, das zum Generalkrieg aufforderte, ist von der Polizei vor dem Erscheinen unterdrückt worden. Die Technische Nothilfe steht zum Einschreiten bereit. Der Streikabwegeschuß ist in Tätigkeit. Die Arbeiter beschließen, für die Streiktag keinerlei Bezahlung zu gewähren. In Arbeiterkreisen wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Polizeipräsident Böhner und mit ihm der deutschnationalen Finanzminister Roth ab danken müssen und daß Herr v. Kahr dann von selbst vor die Notwendigkeit gestellt sein wird, zu gehen. Auf der andern Seite bemächtigt sich der rechtsstehenden Gruppen wachsende Erregung, durch die wohl auch die Waffenablieferung einen schweren Rückschlag erleiden dürfte. Auch in Regierungskreisen sieht man die Lage mit großer Besorgnis an.

München, 11. Juni. (Tägl. Rundschau.) Der Ministerrat ist Freitagabend angeichts der außerordentlichen Verschärfung der Lage zusammengetreten. Ein Beschluß wurde bis zur Stunde noch nicht gefaßt. Es ist damit zu rechnen, daß die Regierung mit allen Machtmitteln versuchen wird, den Streik zu unterdrücken, die sozialdemokratische Presse dürfte von der Regierung verboten werden, sobald die bürgerlichen Blätter am Erscheinen verhindert werden.

Der Plan der Reaktionäre.

Diktatur Escherichs oder Khandlers.

München, 11. Juni. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Regensburger Anzeiger, ein Organ der bayerischen Volkspartei, veröffentlicht eine Zuschrift, in der darauf hingewiesen wird, daß politische Kreise am Werke sind, die den ruhigen Gang der Entwaffnung stören wollen. Das Blatt fragt: Ist es richtig, daß der bekannte deutschnationalen Oberst Khandler in diesen Tagen bei den Führern des Ordnungsbundes erschienen ist mit der Forderung, Ministerpräsident v. Kahr, der gegen Berlin zu schwach und schlapp gewesen sei, müsse gekürzt werden. Wenn es nötig sei, müsse die Diktatur ausgerufen werden. Dazu sei aber Kahr nicht stark und rücksichtslos genug. Das könnten nur Escherich oder Khandler machen.